

MÜNDLICHE ANFRAGE H-0784/03
für die Fragestunde während der Dezember-Tagung 2003
gemäß Artikel 43 der Geschäftsordnung
von Konstantinos Alyssandrakis
an den Rat

Betrifft: Verstärkte Unterdrückung und Verfolgung von Demonstrationsteilnehmern und Gewerkschaftern

Die politische Verfolgung von Demonstranten, die an Kundgebungen gegen den Krieg, gegen Militärinterventionen sowie gegen die arbeiterfeindliche Politik der EU und der Regierung teilnehmen, nimmt in Griechenland gefährliche Ausmaße an. Allein in den letzten Monaten wurde Friedensaktivisten wegen der Teilnahme an Kundgebungen gegen die Überquerung Griechenlands durch ausländische Truppen der Prozess gemacht, wurden Gewerkschafter wegen ihrer Teilnahme an Kundgebungen gegen Pläne zur Kürzung der Rentenansprüche verurteilt, wurden Demonstranten in Untersuchungshaft genommen, die auf dem Gipfel von Thessaloniki ihren Protest gegen die Politik der EU zum Ausdruck gebracht hatten. Letztere wurden nach fünf Monaten und nach einem mehrtägigen Hungerstreik freigelassen, ohne dass bislang ein Verhandlungstermin festgelegt wurde.

Kann der Rat mitteilen, ob diese nicht hinnehmbaren Maßnahmen zur Verhinderung und Unterdrückung von Demonstrationen im Rahmen der sogenannten Politik gegen den Terror durchgeführt werden und ob sie von gemeinschaftlichen und internationalen Vereinbarungen wie der mit den USA diktiert sind?

Eingang: 04.12.2003
el